



Beschluss

des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung
der Bedarfsplanungs-Richtlinie:

Anpassung der Anhaltspunkte für Unterversorgung und in
absehbarer Zeit drohende Unterversorgung für Kinder- und
Jugendärzte

Vom 16. Januar 2025

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat in seiner Sitzung am 16. Januar 2025 beschlossen, die Bedarfsplanungs-Richtlinie in der Fassung vom 20. Dezember 2012 (BANz AT 31.12.2012 B7), die zuletzt durch die Bekanntmachung des Beschlusses vom 16. Mai 2024 (BANz AT 12.11.2024 B1) geändert worden ist, wie folgt zu ändern:

I. Nach § 29 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Abweichend von Satz 1 ist eine Unterversorgung in der Arztgruppe der Kinder- und Jugendärzte nach § 12 Absatz 2 Nummer 9 anzunehmen, wenn der Stand der Versorgung den in den Planungsblättern ausgewiesenen Bedarf um mehr als 25 Prozent unterschreitet.“

II. Die Änderung der Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die Tragenden Gründe zu diesem Beschluss werden auf den Internetseiten des G-BA unter www.g-ba.de veröffentlicht.

Berlin, den 16. Januar 2025

Gemeinsamer Bundesausschuss
gemäß § 91 SGB V
Der Vorsitzende

Prof. Hecken

Vorbehaltlich der Prüfung durch das BMG und Veröffentlichung im Bundesanzeiger gem. § 94 SGB V